

Quo vadis CDU?

Aspekt: Die Union und der Osten

(aus: **Berliner Beiträge - die Berliner CDU zu Fragen der Zeit, Teil 3; ungekürzte Fassung**)

von Siegfried Reiprich und Vera Lengsfeld

Einleitung

Es ist ein alarmierendes Zeichen wenn ein linker Philosoph zur Wahl 98 sagt: "...es sind zwei Sozialdemokratien, die sich miteinander streiten, darunter eine mehr national getönte, mit konservativen Reizwörtern operierende, sogenannte christliche. Wir haben nur sozialdemokratische Politiken."¹ Kann die Union jedoch einen Wettlauf mit der Linken gewinnen, wenn sie in die gleiche Richtung rennt?

Sloterdijk weiter: "Die ganze moderne Welt beruht auf dem sozialpsychologischen Kontrakt, daß die Grundforderungen von Menschen nach Immunität, nach Schutz, letztem Halt und letzter Auslegung des Daseins progressiv umformuliert wurden von religiösen Standards in exakte sozialtechnologische und medizinische." (Dies wird gemeinhin mit "Säkularisierung" bezeichnet.) "Das heißt, wir haben ein modernes Medizinsystem anstelle einer traditionellen Religion und einen modernen Wohlfahrtsstaat mit seinem gesamten Sicherheitsangebot anstelle einer gemeindlich integrierten christlichen Risikokultur."

Nun ist zu fragen, ob und inwieweit es möglich und überhaupt wünschenswert ist, diesen Prozeß zurückzudrehen, oder zu bremsen, oder in eine andere Richtung zu lenken. Es gibt kein unaufhaltsames "Rad der Ge-schichte", aber man kann auch "nicht zweimal in den selben Fluß steigen" (Heraklit). Wie auch immer, es muß etwas geschehen, denn der moderne Wohlfahrtsstaat hat längst die Grenzen seiner Finanzierbarkeit überschritten. Globalisierung, demographische Entwicklungen, Zuwanderungsdruck und nicht zuletzt das Negativ-Erbe des real-sozialistischen Bankrotts in materieller und geistiger Dimension machen neue Lösungen unabdingbar.

Dabei wird es für die Union darauf ankommen, auf der Basis des christlichen Menschenbildes glaubwürdig ihren eigenen Weg zwischen sozialdemokratisch-sozialistischem und neoliberalerem Materialismus zu gehen. Denn weder die Illusion, der Mensch sei gut, wenn er gut versorgt sei, noch die Vorstellung, der Weltstretit partikularer Interessen würde im Gemeinwohl resultieren (also Adam Smith's "unsichtbare Hand"), werden sich als fähig erwiesen, die Folgen einer vierzigjährigen Züchtung des homo sovieticus germanicus zu bewältigen. Aber christlich-demokratische Politik ist nicht "out" - denn "die Menschen haben sich nicht geändert, seit Moses"; so Bob Dylan, der unlängst dem Heiligen Vater sein Lied widmete.

Die Union und der Osten

Zur Lage 1989

Die DDR war die *am stärksten entbürgerlichte Gesellschaft* Ost-Mittleuropas. Sie hatte von 1949 bis zum Mauerbau 1961 bereits nahezu 20 % ihrer Bevölkerung verloren, bzw. vertrieben, und zwar selektiv. Es "gingen" nicht die Ängstlichen, die Unkreativen etc. sondern die Mutigen, Schöpferischen, - Ingenieure, freie Bauern, Unternehmer, aufrechte Christen, freiheitsliebende Arbeiter. Die Zonengrenze wurde zur semipermeeblen Wand. Sie blieb es auch nach 1961, wenn auch der "brain-drain" stark nachließ, um später wieder anzuschwellen. Denn die verbliebende Intelligenz sowie die nachwachsenden DDR-Generationen wurden bis 1989 immer wieder "geköpft", verloren Tausende durch Verfolgung, MFS-"Zersetzung", schließlich Gefängnis und Ausbürgerung. Der Volksmund fragte sarkastisch: "Was heißt DDR? ...Der Doofe Rest!" Wenn auch überspitzt, so bezeichnet dieser Witz doch ein reales Problem, daß zu benennen man den Mut aufbringen muß.

Die bleiben müßten oder wollten, waren einem, nach der "Klassenkampfzeit" zwar meist unblütigen, aber dafür umso deutlich-perfekteren Totalitarismus ausgesetzt: einer Erziehungsdiktatur, die im Säuglingsalter begann und auf nichts weniger als das Zentrum des Individuums zielte - die menschliche Seele. Hier liegt der Grund auch für die *besonders radikale Entchristlichung* Ost- bzw. Mitteleuropas. Sie ging bis tief in die evangelische Kirche, deren Führer mehrheitlich vor dem aggressiven Atheismus im Namen einer "Kirche im Sozialismus" kapitulierten. Erhart Neubert zürte zu Recht: "Sie haben die soziale Frage zum goldenen Kalb gemacht, das aus dem eingeschmolzenen Schmelz der Kirche gegossen haben."² Es ist bemerkenswert, daß die relativ kleine katholische Kirche der DDR sich tapferer gehalten hat. Das Eichsfeld in Nordthüringen hat auch noch im September 1998 zur Union gestanden.

Es gab in der DDR nur eine kleine oppositionelle Minderheit, eine etwas größere diktoratische Minderheit, aber ein große angepaßte, mit der Diktatur in Symbiose lebende Mehrheit. Zwischen angepaßter Mehrheit und diktorischer Minderheit bestand ein stillschweigender Konsens; im Ökonomischen getreu dem sowjetischen Sprichwort: "Wir tun so, als ob wir arbeiten, und sie tun so, als ob sie uns bezahlen!"; kulturell z.B. durch atheistische Jugendwehle statt Konfirmation, und so weiter. Die Mehrheit simulierte für die Oberen das Staatsvolk (99% Zustimmung bei der Wahl, Großdem zu 1.Mai etc.), die Kommunisten gaben sich im Gegenzug damit zufrieden, daß aus dem Neuen Menschen ein kleinstbürgerlicher Nischenbewohner wurde, den mit dem Etikett "faschistoid" abzustempeln sich die westliche Linke nicht gescheut hätte, hätte sie nicht permanent weggesehen (Wir denken, trotz allem, nicht so).

Die Symbiose zwischen Diktatur und angepaßter Mehrheit wurde in der revolutionären Situation 1989 (die Oberen konnten nicht mehr, wie bisher, die Unteren wollten nicht mehr, wie bisher - Lenin) von der Mehrheit aufgekländigt. Für einen glückseeligen Moment der Geschichte ergab sich ein Bündnis von nun rebellischer Mehrheit mit der oppositionellen Elite (bzw. die Kader von SED&MFS öffneten die Mauer?); der Große Helmut schien schnelle Erlösung zu bieten. Welchen ein Mißverständnis! Dies als Helmut Kohl von "blühenden Landschaften" sprach, setzte er eigene bräckerne Anstrengungen und vor allem Kreativität durchaus voraus. Dafür waren die, eigene Mithschuld am realsozialistischen Bankrott verdrängende, wertaktigen Messen aber weitgehend taub. Nicht, daß es keine großen Leistungen im Osten gegeben hätte (man vergleiche allerdings einmal mit z.B. Polen und Ungarn), aber noch immer wird mehr konsumiert als produziert, und kein Ende ist abzusehen.

Fehler nach 1989

a) *Unterschätzung der humanen Verwüstungen des Sozialismus*

Der größte Fehler der West-CDU bestand im Einheitsjahr 1990 darin, nicht zu begreifen, daß die schlimmsten Verwüstungen des Sozialismus die menschlichen waren, schlimmer als die ökonomisch-sozialen und ökologischen.³ Die folgenschwersten Verbrechen der SED waren eben nicht die statistalischen Internierungslager, die Schauprozesse der Hilde Benjamin oder der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze. Am folgenschwersten war die Austreibung der bürgerlichen Klasse und ihres Ideals der Freiheit.⁴ Was ein kluger Kommentator der WELT heute schreibt, hatte man schon 1989 wissen können, wenn, ja wenn nicht auch in Unions-Kreisen die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus straflich vernachlässigt worden wäre.

b) *Nichtaufarbeitung der eigenen geistigen Trägheit vor 1989*

Tendenzen z.B. der Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft gab es auch in der CDU/West. Man verharrte im Status-Quo-Denken der vermeintlichen Realisten. Die aber doch nur machten, was der Psychologe Dietrich Dörner eine "Momentanextrapolation"⁵ nennt, jene häufigste (und manchmal auch dümmste) Form der Modellbildung bezüglich der Zukunft. Über das Deutschland-Handbuch der Bundeszentrale für politische Bildung vom Mai 1989 stellt Klaus von Dohnanyi⁶ fest, es sei "schon erstaunlich, daß sich in den über 700 Textseiten... nicht ein Hinweis findet, der auch nur die Möglichkeit der Ereignisse des Jahres 1989 andeutete. Im Gegenteil." Er mahnte deshalb Politik und ihre wissenschaftlichen Ratgeber zu zukünftiger Bescheidenheit. Alles, nur die Freiheit nicht, habe man in den Planungen gehabt. So stolperte auch die Union recht naiv in's Revolutionsjahr 1989. (Im Gegensatz zu mittel-osteuropäischen Dissidenten und wenigen Westlern wie z.B. Timothy Garton Ash).

Wenn man schon so überrascht war, hätte man wenigstens sofort analysieren müssen, warum!⁷ Eine *Vergangenheitsbewältigung/West* steht jedoch auch auf christdemokratischer Seite noch aus. (Ebenso die Realisierung der Forderung bezüglich der *Stasi*-Debatte: *Go West!*)

c) *Einseitiger Aufbauansatz: Geld statt Geist*

Ein Reformkommunist, der Ungar Imre Pozsgay, hatte Ende der 80er Jahre auf die ökonomischen Konsequenzen der Züchtung des homo sovieticus hingewiesen. Die Plandiktatur sei ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Die Leistungsethik der Produzenten sei dahin. Es gabe weder eine Kultur der Selbstständigkeit noch der Eigenverantwortlichkeit, statt dessen Subalternität. "Es gibt keine autonomen Marktbeziehungen, Jeder pocht auf das ihm 'Zustehende'. Was bleibt ist der Verteilungsneid." Und zum nahezu unmöglichen Übergang von Plan- zur Marktwirtschaft: "Es ist leicht aus einem Hengst einen Wallach zu machen, aber machen Sie mal aus einem Wallach einen Hengst!"

Die Vorstellung, man müsse nur zweck's Initialzündung des Konjunkturmotors genug Geld rüber pumpen, man befinde sich sozusagen im Jahre 1948 vor der Währungsreform (typischer Analogie-Schluß nach D. Dörner), es werde nach wenigen Jahren zu einem sich selbst tragenden Aufschwung kommen, mußte scheitern. Ebenso wie die heutige Vorstellung, es werde eben länger dauern. Es kann auch schiefgehen. "Scheitert Deutschland?"⁸ lautet nun die Frage.

Denn woher sollen in den nächsten zehn Jahren 150-180 Milliarden DM pro Jahr herkommen, die in den Osten gepumpt werden?

"Der tragische Irrtum der Architekten der deutschen Einheit war indes, unterschätzt zu haben, daß man Menschen zwar von einem Regime, nicht aber von ihrer in zwei Generationen verfestigten Sozialisation und Prägung befreien kann."⁹ Ausgehend von der Erkenntnis, daß es in der DDR nur eine kleine oppositionelle Minderheit, aber ein große angepaßte Mehrheit gab (s.o.), hätte alles getan werden müssen, um die seelischen Befreiungsprozesse dieser Mehrheit zu befördern. Statt dessen wurde eine Reihe von Fehlern gemacht, die das Gegenteil bewirkten.

d) *halbherzige Delegitimierung der SED/PDS (-MFS)*

Selbstverständlich hätte die SED verboten und enteignet werden müssen. Friedliche Revolution heißt, daß man auf die Guillotine verzichtet, aber eben *nicht* auf die organisatorische Zerschlagung des *ancien regime*. Statt dessen haben auch führende Vertreter der West-CDU diejenigen aus dem Demokratischen Aufbruch, der DSU und die Reformler der Ost-CDU gebremst, die genau dies wollten. Es reichte eben nicht, nur die Stasi zum Frühlknaben zu machen, und hier auch nur das schwächste Glied, die IM.

"*Strafe muß sein*", weiß das Volk. Ja, weil nämlich sonst die Schuldigen niemals ihre Schuld einsehen und wieder frech werden. Man stelle sich vor, die Alliierten hätten sich nach 1945 nicht entblödet, eine "Partei des demokratischen Nationalsozialismus" zuzulassen und der "Völkische Beobachter" nun unter gleichem Namen (!) einfach weiter machen können. Sicherlich hätten die "demokratischen" Nazis schon nach wenigen Jahren dagegen protestiert, daß die Trümmer immer noch nicht weggeräumt und der Lebensstandard noch nicht so hoch sei wie in den USA...¹⁰ Nun haben wir PDS und Neues Deutschland (dazu später mehr).

Fatal ist, daß restaurative Neulegitimierung statt Delegitimierung den Verantwortlichen erlaubt, ihre einstigen Mitläufer und Zuschauer wieder an sich zu ziehen; der Konsens aus der Diktatur, die Symbiose zwischen angepaßter Mehrheit und Altkadern, erfährt eine uble Wiedergeburt. Die Schuld an den unvermeidlichen Enttäuschungen eines Generationen erfordernden Prozesses wird nun nicht den sozialistischen Bankrotteuren, sondern der Union zugewiesen; die urenbreitbaren Erfolge erscheinen heute als vor allem von den roten Altkadern in SPD und PDS "für unsere Menschen erkämpft", aus dem bösen Westen "herausgeholt". Wohlstand steht einem zu, der Westen hat ja "unsere Betriebe plattgemacht", die *Dolchstoßlegenden* blühen!¹¹ Das kommt davon, wenn man die Schuldigen nicht bestraft und den Mitläufern und Zuschauern vergangener Enten die Einsicht in eigene Mithschuld erspart (z.B. haben nicht wenige DDR-Bürger den Mauerbau 1961 begrüßt, damit die Westberliner ihnen nicht mehr die billige Würst wegkaufen konnten)¹². Anderenfalls gabe es heute mehr Dankbarkeit und Freude darüber, daß die DDR-Bevölkerung dank der westlichen Brüder und Schwestern mit dem Untergang des Sozialismus Version DM-de Luxe davon kam (im Gegensatz zu den tapferen Polen).

e) *Falsch gesetzter Schwerpunkt: (Block-)CDU-Apparat versus Demokratischer Aufbruch*

Es war vermutlich richtig, 1990 so manche Kröte zu schlucken, um das kurze Zelfenster für die Wiedervereinigung zu nutzen. Eine "Allianz für Deutschland" mußte sein. Lafontaines Denunziation der DDR-CDU als "kommunistische Kaderpartei" ist ungerecht, insofern der Vorwurf nur die Funktionsraspitze treffen konnte und die Partei ansonsten eine restbürgerliche Überwinterungsnische darstellte. Die Übernahme der Infrastruktur der DDR-CDU war ein taktischer Vorteil. Allerdings läuft man immer Gefahr, vor lauter taktischen Bäumen den strategischen Wald nicht mehr zu sehen. Alles hat seinen Preis.

Z.B. die Anpassung und das Nischendasein. Man verlernte im Osten unweigerlich, in den Kategorien der Freiheit und Erhard'scher Marktwirtschaft zu denken, delegiert auch heute Verantwortung mit Vorliebe an den Staat, auch den neuen, bundesrepublikanischen, als vormundschaftlich ersehnten.

Deshalb hätte die seit 1990 unvermeidlich dominerende West-CDU einen moralisch-politischen Schwerpunkt bei den authentischen Christdemokraten vom DA und der DSU setzten müssen, durchaus auch im Sinne von Personalpolitik. Die Reformler in der Ost-CDU hätten viel stärker, als dann geschehen, aufgewertet werden müssen. Auch eine Öffnung für Bürgerrechtler, die 1990 den Verlust ihrer rot-grünen Illusionen noch vor sich hatten, wäre wise gewesen. Angesicht der oben geschilderten Ausgangslage 1989 grenzt es an ein Wunder, zu welchen freiheitlichen und politischen Leistungen die kleine demokratische DDR-Opposition trotz aller Verluste und Stasi-Perfektion fähig war. Sie begründete aus eigener Kraft eine neue, deutsche demokratische Tradition. Einer, der als "Kalter Krieger" verlächt worden war, der WELT-Kommentator Enno von Löwenstern, bezeichnete sie als "die moralische Elite unseres Volkes". Mit diesem Pfunde gilt es zu wuchern!

Mit Leuten wie Stasi-IM "Czerny" jedoch, sowie den Krauses und Diestels wird es für die CDU auf Dauer nicht gut gehen. Wer die DDR erneut legitimiert, ruiniert die Union im Osten langfristig. Diestels selbst zugegebene Vernichtung von Stasiakten z.B. sollte zumindest moralisch als politische Untat benannt werden¹³.

Wenn man schon die Mehrheit der alten DDR-CDU im Block übernahm, dann hätten ganz andere Anstrengungen bei der politischen Bildung gemacht werden müssen. Z.B. sind fünf Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sachsen mit seinen über 4 Mill. Einwohnern, bei allem Respekt vor ihrer Leistung!¹⁴, Idealismus und der Arbeit vieler freier Referenten, doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit kann man nicht mal genug eigene Leute erreichen, geschweige denn gegen das Altkadernmilieu mit seinen massenhaft verbreiteten Ex-SED-Zeulungen oder Tausenden Lehrern angehen.

f) *Realielle Beholung der Altkader bei Währungsunion, Rentenrecht, in der öffentlichen Personalpolitik - umfassende Zementierung der Startvorteile aus der Diktatur*

Noch wird die CDU im Osten vor allem von Arbeitern gewählt, die PDS hingegen ist die Partei der Besserverdienenden. Die Arbeiter wußten sehr genau, daß es im Arbeiter-und-Bauernparadies kein härteres soziales Schicksal gab, als das der wirklich Arbeitenden, auf deren Schultern ein immer schwergewichtiger werdendes Heer von "Sesselfürzern" hockte.

Bei der *Währungsunion* im Sommer 1990 standen sie mit erbärmlich geringen Vermögenswerten da. Die 1:1 umtauschbaren Beträge von 4-6000 Ost-Mark hätten für sie gereicht. Wer hatte schon hohe Vermögen - wenn er nicht sehr staatsnah war (oder als Monopolhandwerker "Schutzgeschäfte machte")! Statt per Geschenkchen von 1:2 hätte man die eine Grenze von 6000 Ost-Mark übersteigenden Beträge zu einem realistischen Kurs (z.B. 1:4, 1:5) umtauschen können. Schon um dem falschen Eindruck entgegenzuwirken, die "Alu-Chips", jene Kupons zur Teilnahme an einer Lotterrie zum Bezug rationierter Waren ("Ham" wa oder "Ham" wa nich"), seien gültig Geld wert. Mit einem *Quasi-Währungsschnitt* wären dann allerdings die willkürlichen und oft fiktiven Abschulden von DDR-Institutionen zu streichen gewesen.

So blieben nun die kleinen Leute arm wie sie waren, aber die SED und ihr Umfeld machten den großen Reibach beim "Umrubeln". Die Arbeiter wußten am besten, daß der Sozialismus ein Art staatskapitalistischer Ausbeutungswirtschaft war. Die Ausbeuter wurden belohnt, die Ausgebeuten entmutigt. Daß es ein Fehler war, die ZERV nicht besser auszustatten und sie erfolgreicher DDR-Regierungskriminalität bekämpfen zu lassen, sollte klar sein. Die reihenweise Firmengründung durch Leute aus dem SED- und MFS-Umfeld, aus oft dubioser Quelle finanziert, ruft Resignation bei den kleinen Leuten hervor: "Fett schwimmt immer oben".

Auch für den Erwerb von *Häusern, Grund und Boden* in der DDR, galt die Faustregel: Je staatsnaher, desto einfacher. Auch wenn es noch Reste besitzenden Bürgertums nach der kalten Entteignung vergangener Jahrzehnte gab, so war das Privileg, Immobilien erwerben zu dürfen, doch oft auch ein Bonbon für Regimetreue. Immerhin ca. ein Drittel der DDR-Familien besitzen Haus und Grund und haben mit der unverhofften (und von ihnen zumeist nicht erkämpften) deutschen Einheit Spekulationsgewinne von 100-1000% und mehr gemacht. Hatte man im Sinne eines Lastenausgleichs diese Gewinne nicht besteuern können?

Das viel bestammene *"Rentenstrafrecht"* war natürlich kein Strafrecht, sondern nur die Weigerung, Leute die eigentlich das Gegenteil verdient hätten, noch zu privilegieren.

Im Allgemeinen stehen heute diejenigen DDR-Rentner am besten da, die dem SED-Staat willfährig dienten. Eine Sekretärin beim FDGB, natürlich SED-Mitglied, die jede Menge Ideologie-Müll im Dienste des "Transmissionsriemens der Partei" zu Papier brachte, hat eine "schöne Rente"; die Textilarbeiterin, die an vorinsitfütlichen Maschinen schufteln mußte und noch mit den Phrasen der "Gewerkschafts"-Bonzen gequält wurde, nicht.

Hinzu kommt noch der *Doppelverdiener-Effekt*. Mann und Frau im Sozialismus waren gehalten, die Kinder frühzeitig in Krippe und Kindergarten beim Staat abzugeben, was dieser für kollektivistischen Drill und Indoktrination weidlich ausnutzte (die Folgen solcher Erziehung waren in Hoyerswerda und Rostock zu sehen). Eine christliche Familie etwa, die auf ein Einkommen verzichtete, um die Kinder nicht dem SED-Staat auszuliefern, mußte nicht nur Armut ertragen, sondern ist heute rentenentschlich schlechter gestellt, als z.B. eine SED-Familie, Er, Major der "Volkspolizei", Sie, Sekretärin bei der SED-Bezirksleitung, die ein Früchtchen hervorbrachten, daß ein Baseball-Schläger schlug.

Außerdem hat man das westliche Rentensystem einfach auf den Osten übertragen, ohne die andere soziologische Struktur zu berücksichtigen - höhere Erwerbsquote wg. Krippe, Kindergarten und Hort und der viel niedrigeren DDR-Einkommen. Teilweise sind ostdeutsche Rentner Haushaltseinkommen heute schon höher als im Westen. Dies wird im Westen teilweise als ungerecht empfunden.

Das Schlimmste jedoch ist die *faktische Restauration der DDR-Nomenklatura auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes unterhalb der Spitze* und mit Ausnahme der ertappten Stasileute. Diejenigen, die am bittersten für den sozialistischen Bankrott zu zahlen haben, die kleinen Leute, Arbeitslose, Arbeiter, die umschulen mußten usw., aber immer noch demokratische Parteien wählen, sehen sich nun feixenden Altkadern gegenüber, die ausgerechnet die am besten bezahlten und sichersten Jobs in der Ex-DDR haben: im Öffentlichen Dienst. Zum Dank wählen die dann PDS.

Der Gipfel ist erreicht, wenn selbst von einer neu aufgebaute Bundesbehörde, der sog. "*Gauck-Behörde*", für ihren riesigen Verwaltungsapparat und andere Aufgaben reihenweise DDR-kader eingestellt wurden, wobei nicht einmal nach SED-Mitgliedschaft gefragt werden durfte (von festgestellten Stasileuten ganz zu schweigen). Man stelle sich eine Institution für die Opfer des Nationalsozialismus vor, die massenhaft NSDAP-Mitglieder eingestellt hätte.

Wäre es wirklich nicht möglich gewesen, in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 mit dem Untergang des Staates alle *DDR-Staatsdienstverhältnisse* zu beenden? Und die Stellen neu zu besetzen, bevorzugt mit Gegnern der Diktatur oder wenigstens Unbelasteten, wobei nicht nur auf die "Papierform" formale Qualifikation zu achten gewesen wäre? Sicher, angesichts jahrzehntelanger Monopolisierung politischer und verwaltungstechnischer Kompetenz durch die SED wäre eine solche Personaldecke zu dünn gewesen. Deshalb forderte A. Baring 1991 ja auch eine *massive Rückbildungsolitik in Millionenhöhe* (3-4 Millionen ehemalige DDR-Bürger im Westen, also Doppeldeutsche gibt es ja!). Und wäre es nicht besser gewesen, alles zu tun, um die Entgeltungen in der SBZ von 1945 bis '49 rückgängig zu machen, damit möglichst viele Altgeltener zurückkommen und das flache Land nicht den "Roten Baronen", den ehemaligen LPG-Vorsitzenden, überlassen bleibt?

Weiter forderte Baring eine *Rückbesinnung auf preußische Beamtenethik*, gerade im Westen. Angesichts der Umzugs-Querelen muß jedoch nüchtern gefragt werden, ob die alte Bundesrepublik noch genügend geistig-moralische Kraft zur Bewältigung der Vereinigungskrise hat. Hier liegt eigentlich "der Hase im Pfeffer".

g) *Grundsatzproblem: Verpaßte Reformchancen 1990 in ganz Deutschland - mangelnde Selbstkritik des Westens*

Insgesamt muß gesagt werden, daß die unverhoffte deutsche Einheit nicht durch schematische Übertragung des westlichen Beamten- und Quasibeamtenstaates auf den Osten bewerkstelligt werden konnte. Vielmehr wird angesichts einer Staatsquote von ca. 50% eine grundsätzliche Reform des gesamten Öffentlichen Dienstes immer dringlicher. Es wirkt verheerend, wenn Ostdeutsche den Öffentlichen Dienst westlichen Typus als bürokratische Planwirtschaft erleben, eine Art Sozialismus mit D-Mark, indem das Leistungsprinzip weitgehend aufgehoben ist.¹⁵

"Schlanker Staat" als neoliberaler Konzept greift zu kurz, wenn es in der Praxis bedeutet, daß die Privilegieren der Im Trockenen sitzenden Arbeitsplatzbesitzer erhalten bleiben, aber junge Leute und Quereinsteiger keinerlei Chance bekommen, wie gut auch immer sie seien. "Effizienter Staat", der partiell sogar wieder mehr Leute einstellen könnte, muß die Parole sein. Die Probleme des bürokratischen Überaufwandes im Sinne der "Überaufwandtheorie" und "Südamerikanisierung" nach Reinhard Selten (Spieltheoretiker und einziger deutscher Nobelpreisträger für Wirtschaft) können hier nur angedeutet werden.

Diese Auflistung von Fehlern Vergangenheit muß natürlich sowohl unvollständig als auch unausgewogen bleiben. Um jedoch keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen, sei hier ausdrücklich gesagt: Strategisches Handeln in komplexen Situationen ist eine hohe Kunst, Helmut Kohl z.B. ist ein Meister. Was wir an ihm schätzen ist, daß er Fehler gemacht hat bei der *Gestaltung* der Einheit. Andere hätten Vieles richtig gemacht - bei der *Verhinderung* dieser Einheit!

Umgang mit der PDS - heute

Eine Strategie gegenüber der PDS hat zwei Aspekte, die nur analytisch, nicht jedoch praktisch getrennt werden können: Vergangenheit einerseits, Gegenwart/Zukunft andererseits. Vieles ergibt sich aus dem bisher Gesagten. Verboten hat nun keinen Zweck mehr, wohl aber immer wieder zu betonen, daß sie es verdient hätte.

a) *Vergangenheitsaspekt*

Zuerst muß betont werden, daß es sich um eine sogenannte "PDS" handelt.

- Denn die wahren demokratischen Sozialisten waren die Widerständler und Oppositionellen (z.B. auch beide Autoren); - die SED hat Jeden Ansatz von demokratischem Sozialismus brutal unterdrückt und somit kein Recht, sich "Partei des Demokratischen Sozialismus" zu nennen. - Dies hätte sie nur mühsam erwerben können durch Rückgabe des dem Volk geraubten Vermögens, gründliche Analyse der eigenen Fehler und Verbrechen, glaubwürdige, zumindest moralische Wiedergutmachung an den Opfern, statt Lippenbekenntnis, Relativierung und ideologische Rationalisierung, Selbstauflösung - und spätere Neugründung.

- So aber bleibt sie die Partei mit dem irreführenden Namen und dem schlauen Spitzel an der Spitze.

Zweitens muß immer wieder gesagt werden, daß es sich nicht um die Nachfolgepartei sondern um die umbenannte SED handelt. Der Mitgliederschwund von 2,2 Mio auf 90000 bewirkte, daß es sich, wie Peter Hintze feststellte, um das "*Konzentrat der SED*" handelt, somit um die besonders linksreaktionären Elemente.

Entscheidend ist jedoch die geistige Auseinandersetzung mit Wurzeln und Geschichte des Kommunismus, die erneut und verstärkt geführt werden muß. PDS-Leute reagieren aggressiv, wenn man Marx als bösrätigen Narzißten und Wegbereiter des Totalitarismus entlarvt¹⁶. Marx als "gottloser Selbstgott" (Heine) war Begründer einer politischen Religion oder Ersatzreligion, deren Verbrechen schon in der diesseitigen Eschatologie angelegt waren. Es kann und muß gezeigt werden, daß die politische Diktatur logische Konsequenz marxistischer planwirtschaftlicher Konzepte ist, daß die technologische Impetenz und ökonomische Instabilität aus den Prinzipien der politischen Ökonomie der Realen Sozialismus folgt, ebenso wie geheimpolizeiliche und letztlich kriegerische Aktivität nach außen. Es ist falsch, dem Kommunismus humanistische Ideale, eine gute Idee mit falscher Ausführung zu beschreiben.

Bei Vergleichen von NS-Diktatur und DDR muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bel letzterer nur um einen Satelliten des roten, bel ersterer aber um den Kernstaat des braunen Totalitarismus handelte. Ein sinnvoller Vergleich wäre etwa der zwischen der DDR und Horty-Ungarn. Es war übrigens nicht das Verdienst der Gruppe Ulbricht, daß Väterchen Stalin schon 1953 starb.

Eine solche Auseinandersetzung kann nicht nur Aufgabe einer Partei sein, selbst wenn es sich um eine Volkspartei handelt. Aber ihre Funktionsträger sollten in Sachen demokratischem Antikommunismus sattelfest sein. "Antifaschismus" hingegen hatte immer auch die Dimension eines statistalischen Kampfbegriffes zur Verschleierung der Verwandtschaft zweier ungleicher Brüder (und ist in gewisser Hinsicht eine Verharmlosung des deutschen Nationalismus). Was Not tut, ist ein antitotalitäres Konsens.

b) *aktuelle Aspekte*

Ein authentischer Sozialdemokrat wie Klaus von Dohnanyi meinte im Wahlkampf, man müsse weniger Aufmerksamkeit auf die Vergangenheit der PDS richten, sondern vielmehr die Auseinandersetzung um ihre Konzepte, insbesondere die wirtschaftlichen, die "vollkommen meschugne" seien, führen. Wir meinen, daß das eine aus dem anderen folgt: was vergangen ist wird unter neuen Bedingungen mit den bornierten Konzepten von heute fortgesetzt. Außerdem macht man die sogenannte PDS weiter hoffähig, wenn man ihr die Vergangenheitsklärung erspart. Da man sie nicht mehr behandeln kann, wie Parteien rechts der Union behandelt werden, muß man sich schon, z.B. in Talk-Shows, mit ihr auseinandersetzen. Aber nicht ohne immer wieder zu sagen, daß sie eigentlich behältig gehört, wie Schönhuber & Co., daß die westdeutsche *Linke falsch* schied hat, weil sie Gysi & Co. groß machten, während CDU/CSU z.B. die Republikaner klein hielten.

Und natürlich müssen ihre *Umverteilungs-Konzepte*, unsinnig wie sie sind, als solche bekämpft werden. Leider "funktioniert der Sozialismus immer nur unter Aussetzung der vier Grundrechenarten" (Arnold Vaatz), und "Sozialismus mit Westgeld" (Vera Lengsfeld) wird auf die Dauer nicht gehen. Die Transfers können nicht ewig laufen. Der Geduldsfaden des vornehmlich west- und süddeutschen steuerzahlenden Michels wird irgendwann reißen, es könnte sein, daß der Geldhahn zudehrt wird. Hier muß die PDS, die mit ihrer Ossi-Wessi-Rhetorik genau dies provoziert, in ihrer Kontinuität als *Spalterpartei* gezeigt werden.

Nicht ungefährlich ist die nun auch von der PDS betriebene *Instrumentalisierung der ökologischen Frage*, analog der linksradikalen Eroberung der Grünen Partei durch Josef Fischer und Anhang in den 80ern¹⁷. Manch Genosse bekommt glänzende Augen, wenn vom Ozonloch die Rede ist - der alte böse Kapitalismus wird schon noch ökötieren¹⁸. Dann erscheint die ökosozialistische Diktatur am Horizont der Menschheit.

Die Union hat noch nicht hinreichend begriffen, daß *Ökologie, Feminismus und Dritte-Welt-Ideologie* in gewissen Sinne Zerfallsprodukte des Marxismus sind (daher auch ihre quasiozigiöse Qualität): An die Stelle des ausgebeuteten und mit antikapitalistischer "historischer Mission" begabten Proletariats tritt die geschundene Natur, "die Frau", die "Dritte Welt" - wie dürr diese Abstraktionen auch immer sein mögen. In der ökologischen Frage hat auch die Union zusehr dem Zeitgeist nachgegeben. Man ließ z.B. jene ernsthaften Wissenschaftler, die begründete Zweifel an "Treibhauseffekt" äußern, kann zu Wort kommen. Und man sollte sich auch die Frage ernsthaft stellen, ob die CDU nicht die Partei jener starken Frauen sein sollte, die eine Quote nicht brauchen. Und ob die Probleme der "Entwicklungslander" nicht vor allem hausgemacht sind, diese statt korrupten Eliten nicht vor allem Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft brauchen, also "westliche Werte".

Die PDS will nach wie vor "das kapitalistische System" überwinden, ist "Systemopposition" und hat nur, was Kommunisten, wenn sie nicht an der Macht waren, immer taten, Rechte gefressen. Das Problem der Sozialisten ist, daß sie ökonomisch nur statisch statt dynamisch denken können, Reichtum einseitig im Haben-Modus definieren und nicht begreifen, daß es weniger auf Verteilung als auf Produktion ankommt. Dazu ist ein gewisses Maß an sozialer Ungleichheit unerlässlich. Die Union, besonders im Osten, kann alldem jedoch nur glaubhaft entgegengetreten, wenn sie selbst frei von etatistischen und "antikapitalistischen" Illusionen ist. Dies ist nur bedingt der Fall. Das Denken Ludwig Erhards muß wieder angeeignet werden.

Obwohl die PDS in der Tat ein Überalterungsproblem hat und eine "*bunte Truppe*" vor allem *darstellt*, und man darauf auch immer hinweisen muß, kann die ideologische und politische Anpassung, die sie momentan durchläuft, auf Dauer virulent bleiben.

Sie kann sich jedoch in verschiedene Richtung entwickeln. Ist sie wirklich eine Multi-Kulti-Partei? Man beachte den links-rechten, manche meinen rot-braunen Dialog zur nationalen Frage unlängst im ND. Die DDR war eine völkische Idylle mit einer Ausländerpolitik, die im Westen als faschistisch denunziert worden wäre, aber die Westlinke beziehungsweise nie störte... Die Mentalität vieler SED-Leute hatte eine faschistoide Dimension. Ihre heutigen Wahler Stimmern gar nicht so selten für PDS und DVU. Dem muß die Union einen gelassnen Patriotismus entgegenzusetzen, nicht aber die unrefle, linke Antwort auf den Nationalsozialismus - den Nationalmassochismus.

Es ist eine Illusion zu glauben, Fremdenfeindlichkeit sei vor allem mit sozialer Befriedigung zu begeben. Deshalb ein paar Worte zum Thema ABM.

ABM

Ihr Gespür für Macht, und hier sind sie allen bürgerlichen oder verbürgerlichten Parteien haushoch überlegen, haben die SED/PDS-Genossen mal wieder bewiesen, als sie ihre Kader in den ostdeutschen Arbeitsämtern installierten. Hier sorgen die nun dafür, daß im Zweifelsfalle ihnen genehme Exemplare der Kategorie "unsere Menschen" mit ABM-Maßnahmen versorgt werden. Genug man sich im Westen klar, was es für systemferne Leute und Leidtragende des SED-Bankrotts bedeutet, in allen Ost-Ämtern die alten Gesichter wieder zu sehen? Dies allein ist Grund genug, dem "zweiten Arbeitsmarkt" zu mißtrauen.

Darüber hinaus ist der Begriff unsinnig und links-ideologisch: Ein Markt, auf dem man Steuerergeld ausgeben muß, damit Menschen etwas tun, was ansonsten nicht nachgefragt würde, ist nun mal kein Markt. Die Union bewacht wenig Instinkt für "Die Macht des Wortes"¹⁹, wenn sie sich solcher Sprachregelung nicht entgentricht. Gelderschwendung ist programmiert, wenn z.B. 50jährige Frauen im Sachsen einen Kurs in Hauswirtschaftslehre belegen, um zu lernen, was sie seit 30 Jahren können. Da möchte man ja fast mit Lafontaine zum Nachfragertheoretiker werden und vorschlagen, den Frauen das Geld, das die ganze Veranstaltung kostet, lieber in die Hand zu drücken, auf daß sie kräftig konsumieren (besser wären jedoch Steuersenkungen)... Auch schafft die Bevorzugung des Ostens bei ABM gegenüber dem Westen wegen der mittlerweile fast gleichen Erwerbsquote (ca. 60% Ost, ca. 61% West) langsam böses Blut.

Und zu allem Überfließ hat jede Art der *Subvention Drogencharakter*, macht süchtig nach immer mehr, darf also nur dosiert und auf Zeit eingesetzt werden. Schlimm ist allerdings, daß die christ-liberale Regierung es in 16 Jahren nicht schaffte, die Bundesrepublik von der Subventionitis zu heilen. Will man Sozialdemokraten und Sozialisten keine weiche Flanke bieten, dann tut Selbstkritik not, und man muß mit Arnold Vaatz fragen, warum denn die nahezu subventionsfreie ostdeutsche Braunkohle mit ihrem Steuern die gut bezahlten Arbeiterplätze der Steinkohle im Westen subventionieren soll. Fazit: Abbau von ABM auf einen sinnvollen Kern in Ost und West!

Aufbauelten von heute und morgen statt SED-Eiliten von gestern

Wolfgang Schäubles Forderung zur Öffnung der Union für ehemalige SED-Mitglieder nach der dramatisch verlorenen Wahl setzte das falsche Zeichen. In den Ortsverbänden konnte schon lange entschieden werden, wer aus der alte SED gelernt hatte und eine Bereicherung der Union darstellen würde. Außerdem stehen die Funktionäre von einst ja nicht gerade Schiande, um Mitglied der CDU zu werden. Wer bei Untergang der DDR zur SED-Machtelite gehörte (die nicht unbedingt mit Leistungselite und schon gar nicht mit moralischer Elite identisch war), zählte damals schon an die vierzig Jahr, ist nun an die Fünfzig und wird, wenn die Union in vermuthlich erst zwei Legislaturperioden im Osten nach halbwegs erfolgter Neuwürgerberlichung und zwischenzeitlichem rot-rottem Einbruch wieder strukturell mehrheitsfähig sein wird, in den Schützigen sein. Ist es da nicht besser auf Jüngere, nun schon gesamtdeutsche, vielleicht auch doppel-deutsche ("Wossi") aufbauelten zu setzen? Elterner wird hier im Sinne von Leistung, aber auch demokratischer Tugend verstanden.

Trotzdem halten wir nichts vom zeitgeist-übenehnden Jugendkult. Ausnahmen mögen, wie immer, die Regel bestätigen.

Laboe und Sondershausen, im November 1998

© Siegfried Reiprich, Vera Lengsfeld

^[1] Peter Sloterdijk, FOCUS Wahl-Spezial/1998

^[2] CONFESSIO AUGUSTANA, III 1998, S.44

^[3] Vgl... Arnulf Baring, "Deutschland was nun?", Siedler-Verlag, Berlin 1991

^[4] J.M. Möller, "Schäuble und der Osten", DIE WELT, 12.10.1998

^[5] Dietrich Dörner, "Die Logik des Mißlingens - Strategisches Denken in komplexen

^[6] "Das Deutsche Wagnis", Droemer Knauer, München 1990, "Die Freiheit war nicht in

^[7] Vgl. Dörner, s.o., S. 265, Kapitel "Aus Fehlern lernen? Das muß nicht sein!"

^[8] Titel des neuesten Buches von Arnulf Baring, das an die Gedanken von "Deutschland, was nun?" anknüpft. Wir sind nicht immer mit Baring einverstanden, er hat die Probleme jedoch i.A. richtig benannt.

^[9] J.M. Möller, "Schäuble und der Osten", DIE WELT, 12.10.1998

^[10] Arnold Vaatz, "Was wäre gewesen, wenn...?", FAZ vom 2.7.1994

^[11] Davor hatte Klaus v. Dohnanyi schon 1990 gewarnt, s.o.

^[12] Nochmals J.M. Möller, DIE WELT, s.o.: "Der SED-Staat war ein Unrechtsstaat... Aber den Einzelnen, den dürfe man nur begrenzt zur Rechenschaft ziehen. Oder, um es in den Worten Schäubles zu sagen: 'Wir müssen anerkennen, daß es im geteilten Land andere Lebenswege